

Superwahljahr der Muslime

2014 werden gleich 14 Nationen der islamischen Welt an die Urnen treten. Ein Meilenstein der Demokratie?

Präsidenten, Parlamente, Kommunalvertretungen: Zwischen Maghreb und Südostasien wird in diesem Jahr gewählt wie nie zuvor.

Die Schauplätze des Arabischen Frühlings und das bevölkerungsreichste muslimische Land sind dabei, aber auch Kleinstaaten wie Puntland und die Komoren.

E

s ist noch gar nicht so lange her, da ließen sich Wahlen in vielen Ländern der islamischen Welt getrost ignorieren: Die Ergebnisse standen sowieso schon fest. Das zumindest hat sich in vielen Ländern geändert. Seit Tausende Tunesier Ende 2010 auf die Barrikaden gingen und eine Welle politischer Umbrüche vor allem in der arabischen Welt auslösten, sind in immer mehr Ländern echte Abstimmungen möglich.

Die Ansicht, dass Demokratie und Islam nicht vereinbar seien – schon gar nicht in Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit –, hat nichtsdestotrotz immer noch viele Anhänger. Im Westen, aber auch in den betroffenen Ländern selbst.

2014 erwartet die Muslime nun ein Wahljahr der Superlative: In den Ländern zwischen Rabat und Jakarta, in denen in den kommenden zwölf Monaten gewählt wird, leben zusammengenommen rund eine halbe Milliarde Menschen – knapp die Hälfte davon in Indonesien. Im bevölkerungsreichsten Land der islamischen Welt finden schon seit 15 Jahren freie Wahlen statt. Ebenso in der Türkei, die oft als regionales Vorbild gepriesen wird. Das Land steht politisch jedoch am Scheideweg, wird sich 2014 doch entscheiden, wie es mit Recep Tayyip Erdoğan weitergeht.

Anderswo sind parlamentarische Traditionen jünger – und ungefestigt. Der Zeitpunkt ist daher umso heikler: In den kom-

Worum geht es, wer sind die Favoriten und unter welchen Umständen finden die Wahlen statt?

Ein Überblick zu den Regionen der zenith-Berichterstattung

menden Monaten muss sich erweisen, ob die Übergangsprozesse in den Staaten des Arabischen Frühlings stabilisierbar sind. Insbesondere die nordafrikanischen Revolutionsländer haben zuletzt wahre Achterbahnfahrten erlebt: Attentate und Regierungsrücktritte in Tunesien, Milizen und Entführungen in Libyen, eine demokratisch gewählte, aber despotisch herrschende Muslimbruderschaft und schließlich ein Militärputsch in Ägypten.

Die revolutionäre Euphorie ist vielerorts verfliegen. In manchen Ländern scheinen die Fliehkräfte unaufhaltsam zu wachsen, etwa im Jemen, dem der Staatszerfall droht. Oder im Irak, wo die Gewalt wieder überhandnimmt: 2013 sind dort weit mehr als 8.000 Menschen bei Anschlägen ums Leben gekommen. In anderen Staaten scheint der Arabische Frühling überhaupt nicht richtig in Gang gekommen zu sein, auch wenn die Voraussetzungen gegeben waren: etwa in Algerien oder in Palästina, wo freilich besondere Umstände herrschen. Auch Syriens Regime stellt – eher zynisch – eine Wahl in Aussicht, die wir angesichts des blutigen Krieges dort in dieser Übersicht jedoch nicht behandeln.

Für alle Länder gilt: Wollen sie eine staatliche Zukunft haben, müssen sie demokratische Strukturen schaffen, die die Bevölkerungen einbeziehen. Bereits jetzt ist abzusehen, dass nicht alle Staaten das 2014 erreichen werden – oder erreichen wollen. Manche Abstimmung wird wahrscheinlich verschoben. Umso mehr bedeutet dies: Ignorieren lassen sich die Urnengänge der Muslime nicht.

Christian Meier

2014 IM ÜBERBLICK

JANUAR

ÄGYPTEN / REFERENDUM

PUNTLAND / PRÄSIDENT

FEBRUAR

MÄRZ

ÄGYPTEN / PARLAMENT *

LIBANON / PRÄSIDENT

TÜRKEI / KOMMUNEN

APRIL

AFGHANISTAN / PRÄSIDENT *

ALGERIEN / PRÄSIDENT

INDONESIEN / PARLAMENT

IRAK / PARLAMENT *

MAI

JUNI

JULI

INDONESIEN / PRÄSIDENT

AUGUST

TÜRKEI / PRÄSIDENT

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

KOMOREN / PARLAMENT

LIBANON / PARLAMENT *

DEZEMBER

USBEKISTAN / PARLAMENT

NOCH OFFEN

ÄGYPTEN / PRÄSIDENT

JEMEN / PARLAMENT, PRÄSIDENT

LIBYEN / VERFASSUNGSGEBENDE

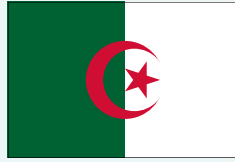
VERSAMMLUNG, PARLAMENT

PALÄSTINA / PARLAMENT, PRÄSIDENT

TUNESIEN / PARLAMENT, PRÄSIDENT

*VORLÄUFIGE TERMINE

ALGERIEN



WAS WIRD GEWÄHLT?

Im April stehen Präsidentenwahlen an. Staatsoberhaupt der rund 38 Millionen Algerier ist seit 1999 Abdelaziz Bouteflika von der »Nationalen Befreiungsfront« (FLN), der nach einer Verfassungsänderung 2009 eine dritte Amtszeit antreten konnte.

WER STEHT ZUR WAHL?

Der FLN hat Bouteflika erneut nominiert, der desolote Gesundheitszustand des 76-Jährigen nährt jedoch Zweifel an einer vierten Amtszeit. Absehbare Wahlmanipulationen lassen Gegenkandidaten wie den Schriftsteller Yasmina Khadra (*siehe Seite 12*) oder den Newcomer Soufiane Djilali von der Partei Jil Jadid (»Neue Generation«) chancenlos erscheinen. Die Hoffnungen vieler junger Menschen richten sich auf Ex-Premier Ali Benflis, der Bouteflika bereits 2004 unterlag. Wer am Ende tatsächlich antreten darf, bestimmt der Verfassungsrat.

WAS STEHT AUF DEM SPIEL?

Algerien steuert auf einen Generationenkonflikt zu: Bouteflika ist der letzte Präsident der alten Garde, die im Algerienkrieg für die Unabhängigkeit gekämpft hat. Angesichts eines Durchschnittsalters der Bevölkerung von unter 30 Jahren wird sich das Militär, das bislang die Fäden zieht, bald des Problems annehmen und einen Nachfolger finden müssen. Oder sich heimlich aus der Politik zurückziehen.

Susanne Kaiser

TUNESIEN



WAS WIRD GEWÄHLT?

Die Verfassunggebende Versammlung, gewählt im Oktober 2011, sollte innerhalb eines Jahres eine neue Verfassung ausarbeiten, auf deren Basis so schnell wie möglich reguläre Parlaments- und Präsidentenwahlen stattfinden sollen. Mangels eines neuen Wahlrechts wurden diese mehrfach verschoben – könnten aber 2014 stattfinden.

WER SIND DIE FAVORITEN?

Die islamistische Ennahda und das säkulare Bündnis »Ruf Tunesiens« (Nidaa Tounes) wechseln sich in Wahlumfragen als Spitzenreiter ab. Bei der Präsidentenwahl liegt Politveteran Béji Caïd Essebsi von Nidaa Tounes vorn, der Übergangspremier des Jahres 2011. Allerdings bezeichnen sich 30 bis 40 Prozent der Wähler laut Umfragen noch als unentschlossen.

WAS STEHT AUF DEM SPIEL?

Seit der Ermordung zweier säkularer Politiker im Jahr 2013 nimmt die Polarisierung zwischen Ennahda, den Gewerkschaften und den anderen Parteien zu. Der ausbleibende Aufschwung und das Erstarken salafistischer Gruppen verunsichern die Bevölkerung, Ennahdas Angst vor dem Machtverlust lähmt die Politiker, die kaum regieren. Geordnete Wahlen versprechen eine Rückkehr in stabile Verhältnisse, die das Land braucht, um die Auswirkungen der Revolution zu verarbeiten.

Johanne Kübler

LIBYEN



WAS WIRD GEWÄHLT?

Eigentlich steht die Wahl zu dem Komitee an, das die neue Verfassung ausarbeiten soll. Wegen der Sicherheitslage gibt es aber noch keinen Termin, obwohl die Frist zur Kandidatenaufstellung abgelaufen ist. Zudem fühlen sich einige Bevölkerungsgruppen nicht angemessen repräsentiert und drohen mit Boykott. Nach einem Verfassungsreferendum wären dann Parlamentswahlen fällig. Die Legislaturperiode des Übergangsparlaments endet im Februar – eine Verlängerung ist wahrscheinlich.

WER STEHT ZUR WAHL?

Im Parlament stehen sich vor allem die liberale »Allianz Nationaler Kräfte« und die »Gerechtigkeits- und Aufbaupartei« der Muslimbrüder gegenüber. Obwohl die »Allianz« stärkste Fraktion ist, gibt es wegen der vielen Unabhängigen keine klaren Mehrheitsverhältnisse. Ob der liberale Ministerpräsident Ali Zeidan weiterregieren kann, hängt auch von der neuen Verfassung und dem Wahlrecht ab.

WAS STEHT AUF DEM SPIEL?

Zum einen die Ausrichtung der Verfassung – wie stark werden liberale beziehungsweise islamistische Vorstellungen festgeschrieben? Die zentrale Frage ist aber die nach der Neuverteilung der Macht – und der Erdölerlöse – unter den Regionen und Volksgruppen.

Jakob Kraiss

ÄGYPTEN



WAS WIRD GEWÄHLT?

Das Wahljahr beginnt mit dem für Mitte Januar angesetzten Verfassungsreferendum. Im März soll das Parlament und im frühen Sommer der Präsident gewählt werden.

WER STEHT ZUR WAHL?

Parteien und Präsidentschaftskandidaten bringen sich derzeit in Stellung. Die »Nationale Heilsfront«, ein Bündnis säkularer Parteien, diskutiert, ob diese gemeinsam oder getrennt antreten. Die islamistische Anti-Putsch-Allianz lehnt die Wahlen bislang ab. Gute Chancen auf die Präsidentschaft hat der linksliberale Hamdin Sabahi, der aber im Falle einer Kandidatur von Armeechef Abdel Fattah El-Sisi zurückstecken würde. El-Sisi hätte weite Teile der Bevölkerung hinter sich, hält sich allerdings immer noch bedeckt.

WAS STEHT AUF DEM SPIEL?

Wahlen sollen die Weichen für ein neues, demokratisches Ägypten stellen. Doch die abzusehende Wiedereinführung des Mehrheitswahlrechts könnte Teile der alten Mubarak-Eliten zurück ins Parlament bringen. Sisis Kandidatur würde die Spaltung zwischen Gegnern und Befürwortern der Macht des Militärs vertiefen. Unabhängig vom Ergebnis ist zu fragen, ob die Armee es taktisch klug findet, selbst zu regieren und sich so unbeliebt zu machen.

Ragnar Weilandt

PUNTLAND



WAS WURDE GEWÄHLT?

Mit einem Jahr Verspätung wählte das Parlament der autonomen Region im Nordosten Somalias am 8. Januar den Präsidenten. Traditionell haben lokale Führer und Älteste (»Issimo«) maßgeblichen Einfluss auf den Wahlausgang.

WER STAND ZUR WAHL?

Der 2009 gewählte Präsident Abdirahman M. Farole kämpfte für eine zweite Amtszeit, verspürte aber Gegenwind. Zu Redaktionsschluss standen etwa 20 weitere Kandidaten im Ring: Der Großteil unbekannt, eine kleine Minderheit religiöse Führer und nur eine Handvoll mit politischer Erfahrung. Als aussichtsreichster Gegenkandidat galt der somalische Ex-Premier Abdiweli M. Ali Gaas, der einen klaren Angriffskurs gegen den Amtsinhaber fuhr.

WAS STEHT AUF DEM SPIEL?

Baustellen gibt es viele: Die Wirtschaft des 1998 ausgerufenen Teilstaats stagniert und von Farole angestoßene Demokratisierungsprozesse gehen langsam voran. Interne und externe Kräfte – Piraterie – gefährden die Sicherheit. Das Verhältnis zur Zentralregierung in Mogadischu war zuletzt eisig, erste Einnahmen aus der 2012 begonnenen Ölförderung könnten die Beziehungen zusätzlich belasten. Doch wichtige und erfolversprechende Schritte wurden gemacht. Der Präsident muss diesen Wandel fortführen. Marvin Kumetat

JEMEN



WAS WIRD GEWÄHLT?

Die Konsenspräsidentschaft von Abd Rabbo Mansour Hadi, der Anfang 2012 auf Ali Abdullah Saleh folgte, läuft eigentlich im Februar 2014 ab, Präsidenten- und Parlamentswahlen müssten stattfinden.

WER STEHT ZUR WAHL?

Da bei der »Konferenz des Nationalen Dialogs«, die im März 2013 begann und ein halbes Jahr später enden sollte, bislang kein Konsens hinsichtlich der künftigen staatlichen Struktur und des politischen Systems des Landes erreicht wurde, werden wohl weder das geplante Referendum über die neue Verfassung noch die anschließenden Wahlen fristgerecht stattfinden.

WAS STEHT AUF DEM SPIEL?

Eine Lösung zur Umgestaltung des staatlichen Systems scheint zurzeit in weiter Ferne. Die Mehrheit südjemenitischer Vertreter fordert eine sofortige Unabhängigkeit vom Norden oder zumindest eine Föderation von zwei Regionen (Nord, Süd) mit der Möglichkeit, über eine Loslösung mittels Referendum bestimmen zu dürfen. Das wird von den zwei großen Parteien »Allgemeiner Volkskongress« und Islah, die mehrheitlich im Nordjemen vertreten sind, abgelehnt. Wenn keine Einigung zustande kommt, ist der Nationale Dialog gescheitert – mit offenem Ausgang.

Anne-Linda Amira Augustin

PALÄSTINA



WAS WIRD GEWÄHLT?

Im Grunde wären fast alle Gremien und Institutionen fällig. Aber bisher gibt es keinerlei verbindliche Termine. Seit 2006 haben weder Parlaments- noch Präsidentschaftswahlen stattgefunden, die Mandate sind längst ausgelaufen. Die Spaltung in den von der Hamas regierten Gazastreifen und das von der Fatah dominierte Westjordanland lähmt die Politik. Auch mehrere Aussöhnungsabkommen der letzten Jahre haben zu keinem Durchbruch geführt; anvisierte Wahltermine wurden immer wieder vertagt. Zuletzt verhandelten die beiden Parteien im Sommer 2013 über Wahlen – ergebnislos. Außer bei den Kommunalwahlen 2012 im Westjordanland, die von der Hamas boykottiert wurden, sind die Palästinenser schon lange nicht mehr um ihre Meinung gefragt worden.

WER STEHT ZUR WAHL

Das wüssten wir auch gerne.

WAS STEHT AUF DEM SPIEL?

Die anhaltende politische und physische Teilung zwischen dem Gazastreifen, dem Westjordanland und dem von Israel annektierten Ostjerusalem fördert die Ausbildung divergierender Identitäten. Davon profitieren nicht zuletzt diejenigen politischen Kräfte in Israel, die die Besatzung mit dem Argument legitimieren, die »andere Seite« spreche nicht mit einer Sprache und könne ein Friedensabkommen deshalb beim eigenen Volk nicht durchsetzen.

Christoph Dinkelaker

LIBANON



WAS WIRD GEWÄHLT?

Im Mai endet Michel Suleimans Amtszeit als Präsident, seinen Nachfolger – dem »Nationalpakt« von 1943 zufolge ein Christ – bestimmt das Parlament. Der Termin (25. März) ist vorläufig, ebenso der für die im November mit 17 Monaten Verzögerung anberaumten Parlamentswahlen.

WER STEHT ZUR WAHL?

Weder Ex-General Michel Aoun von der prosyrischen »8. März«-Allianz noch Sami Gemayel vom antisyrischen »14. März«-Block sind dem jeweiligen Gegner vermittelbar. Wie 2008 läuft es daher auf einen Konsenskandidaten hinaus. Favoriten sind Armeechef Jean Qahwaji und Zentralbankpräsident Riad Salameh. Bei der Parlamentswahl werden beide Lager – gemäß dem Proporzsystem und unabhängig vom Wahlergebnis – ihren Platz am Kabinetttisch beanspruchen.

WAS STEHT AUF DEM SPIEL?

Flüchtlings-, Sicherheits- und Wirtschaftskrise: Der Krieg in Syrien dominiert den Wahlkampf im Libanon. Im Januar kommt dann noch der Prozess des UN-Sondertribunals zum Mord an Rafiq Hariri (2005) hinzu. Aufgrund ihrer Beteiligung am Krieg in Syrien ist die Zukunft der Hizbullah dabei unklarer als bei jeder anderen Wahl seit dem Ende des Bürgerkriegs (1990) – eine Schicksalsfrage für das Land und seinen neuen Präsidenten.

Robert Chatterjee

IRAK



WAS WIRD GEWÄHLT?

Spielt das Verfassungsgericht mit, wird am 30. April ein Parlament gewählt – und eine neue Regierung. Die Sitzverteilung soll laut dem neuen Wahlgesetz die Ergebnisse in den einzelnen Distrikten widerspiegeln – nicht im gesamten Land, wie die Kurden es gern hätten. So wären sie besser weggekommen: Die Beteiligung ist im kurdischen Nordirak traditionell nämlich etwas höher.

WER STEHT ZUR WAHL?

Eine Vielzahl von Parteien und wechselnden Bündnissen. Das Land versinkt in Gewalt – aber die oppositionelle Iraqiya, eigentlich stärkste Kraft im Parlament, kann aus dem Unmut gegen die schiitische Da'wa von Premier Nuri al-Maliki bislang kaum Kapital schlagen. Agrarminister Izz al-Din al-Dawla aus Ninawah und der ehemalige Finanzminister Rafie Issawi planen, mit einem sunnitisch geprägten Bündnis anzutreten. Wachstumschancen können sich die Parteien der Schiiten-Kleriker al-Sadr und al-Hakim ausrechnen.

WAS STEHT AUF DEM SPIEL?

Absolviert Maliki eine dritte Amtszeit? Das Parlament hat das verboten, das Verfassungsgericht hält den Beschluss für nichtig. Nun äußern sich erstmals die Großayatollahs des »schiitischen Vatikans« in Nadschaf: Die Regierung gehöre abgewählt. Das wird Maliki viele Stimmen kosten. Zu viele. Seine Partei regiert zwar nicht allein, aber den Irakern kommt es derzeit irgendwie so vor. Daniel Gerlach

TÜRKEI



WAS WIRD GEWÄHLT?

Sowohl die Kommunalwahlen, die wegen Feiertagen 2014 nicht im Oktober, sondern im März stattfinden, als auch die Präsidentschaftswahl im August sind wegweisend.

WER STEHT ZUR WAHL?

Bei den Kommunalwahlen werden die Bürgermeister und Provinzvertreter gewählt. Der Ausgang wird für Recep Tayyip Erdoğan zum Stimmungsbarometer für seine politische Zukunft: Im Grunde darf er 2015 kein drittes Mal Premier werden. Ursprünglich sollte deshalb das politische System zu einer Art Präsidialdemokratie umgebaut werden – Erdoğan hätte sich dann gerne zum Staatspräsidenten wählen lassen. Doch daraus wird bis zum August nichts. Nun könnte das Parteiengesetz geändert werden, um 2015 eine dritte Amtszeit als Regierungschef zu ermöglichen. Sollte beides schiefgehen: Staatsoberhaupt Abdullah Gül ließ wiederholt durchblicken, dass auch mit ihm zu rechnen ist.

WAS STEHT AUF DEM SPIEL?

Je mehr Wahlbezirke mit AKP-Abgeordneten besetzt sind, desto ungenierter kann Erdoğan seinen zunehmend autoritär und religiös motivierten Regierungsstil fortführen. Obwohl dies im Sommer 2013 zu Protesten in Istanbul führte, wird die damals entstandene Gezi-Park-Bewegung politisch wohl keine große Rolle spielen: Für einen Erfolg bei den Kommunalwahlen fehlt ihr eine breite regionale Basis.

Özgür Uludag

USBEKISTAN



WAS WIRD GEWÄHLT?

Im Dezember stehen Parlamentswahlen an. Sie bestimmen den Termin der Wahl des Präsidenten – und die ist das eigentliche Ereignis: Islam Karimov regiert seit 1991 mit autoritärer Hand. Sein Gesundheitszustand gilt jedoch als kritisch, eine Kandidatur 2015 als unwahrscheinlich.

WER STEHT ZUR WAHL?

Auch wenn die vier im Oliy Majlis vertretenen Parteien zuletzt etwas Profil zeigten, bleibt Pluralismus Fiktion: Das System ist ganz auf Karimov ausgerichtet. Der 75-Jährige macht bislang keine Anstalten, sein Erbe zu regeln. Als Kandidaten gelten Premier Shavkat Mirzisionyev, sein Vize Rustam Azimov und Geheimpolizeichef Rustam Inoyatov. Karimovs Tochter Gulnara hat sich mit Läster-Tweets über die Familie kürzlich selbst diskreditiert, ihre TV-Stationen wurden gesperrt.

WAS STEHT AUF DEM SPIEL?

Bei ungelöster Nachfolge drohen Machtkämpfe auszubrechen – brisant angesichts des Nato-Abzugs aus dem Nachbarland Afghanistan. Eine Konsolidierung der Taliban dort sowie das politische Vakuum könnten die militante Islamische Bewegung Usbekistan stärken. An Mitstreitern dürfte es nicht fehlen: Karimovs repressiver Umgang mit dem Islam und seine fruchtlose Wirtschaftspolitik leisten der Radikalisierung Vorschub.

Ivonne Bollow

AFGHANISTAN**WAS WIRD GEWÄHLT?**

Die dritte Präsidentenwahl seit 2001 ist für April geplant. Sie markiert das Ende der Ära Hamid Karzai – zusammen mit dem Abzug der ISAF-Truppen steht dem Land ein unsicheres Jahr bevor.

WER STEHT ZUR WAHL?

Karzai darf laut Verfassung nicht mehr antreten; dafür bewirbt sich sein älterer Bruder Abdul Qayum Karzai. Die derzeit elf Kandidaten sind eine bunte Mischung aus Regierungsvertretern, Kriegshelden und seltsamen Figuren. Abdullah Abdullah bleibt der führende Oppositionskandidat. Für Überraschung sorgte der unter Moderaten beliebte Ashraf Ghani Ahmadzai, der den früheren Mudschahedin-Kommandeur Abdul Raschid Dostum als Vize ins Boot geholt hat. Zu denjenigen, die Gespräche mit den Taliban ausschließen, gehört der umstrittene Abd ur-Rabb Rassul Sayyaf.

WAS STEHT AUF DEM SPIEL?

Sollten die Wahlen irregulär verlaufen, wird das Vertrauen in den Staat weiter leiden. Nur eine stabile Führung kann die Probleme des Landes anpacken: eine fragile Wirtschaft, deren Subventionen bald wegfallen, starker Druck seitens Aufständischer insbesondere auf dem Land und ein festgefahrener Friedensprozess mit den Taliban. Angst vor Chaos bestimmt den Alltag vieler Afghanen schon jetzt.

Lisa Akbary

KOMOREN**WAS WIRD GEWÄHLT?**

Mit sechsmonatiger Verspätung stehen die Wahlen zur Unionsversammlung, dem Parlament des muslimischen Inselstaates im Indischen Ozean, im November 2014 an.

WER STEHT ZUR WAHL?

18 der 33 Sitze werden im Mehrheitsverfahren ermittelt, die restlichen 15 Vertreter ziehen gemäß Verhältniswahlrecht über Listenplatzierungen ein.

WAS STEHT AUF DEM SPIEL?

Stabile Verhältnisse und Wachstumsperspektiven. Seit der Unabhängigkeit von Frankreich 1975 gerieten die Komoren meist als Ziel putschender Söldner in die Schlagzeilen. Der demokratische Übergang seit 2001 dagegen verläuft erstaunlich ruhig. Die Parlamentswahlen sind für Staatschef Ikililou Dhoinine ein Stimmungstest vor der Präsidentenwahl 2015. Denn trotz international gelobter Fortschritte und im regionalen Vergleich gut verankerter Frauenrechte blieb die ökonomische Dividende bislang aus. Im Gegensatz zu anderen Staaten im Indischen Ozean wie den Seychellen (Tourismus) oder Mauritius (Offshore-Banking) suchen die Komoren noch nach einem zukunftsfähigen Wirtschaftsprofil. Sicherheitspolitisch gilt die 700.000-Einwohner-Republik hingegen als verlässlicher Partner im Kampf gegen somalische Piraten – loben die Nato-Staaten und hoffen schon deshalb auf Stabilität.

Robert Chatterjee

INDONESIEN**WAS WIRD GEWÄHLT?**

Im April stehen Parlamentswahlen an, für Mitte Juli ist die Präsidentenwahl angesetzt. Nach zwei Amtszeiten darf Präsident Susilo Bambang Yudhoyono nicht mehr antreten. Parteien, die mehr als 20 Prozent der Parlamentssitze gewinnen, dürfen einen Präsidentschaftskandidaten benennen. Dann wird direkt vom Volk gewählt.

WER STEHT ZUR WAHL?

Auch 16 Jahre nach dem Diktator Suharto bestimmen die alten Eliten das Parteienbild. Ihre Favoriten sind der ehemalige General Prabowo Subianto und der umstrittene Geschäftsmann Aburizal Bakrie. Die Wählergunst gehört jedoch Joko »Jokowi« Widodo, einem volksnahen Quereinsteiger, der erst 2012 zum Gouverneur von Jakarta gewählt wurde. Doch ob der Heavy-Metal-Fan eine Chance hat, hängt von seiner Parteichefin Megawati Sukarnoputri ab, die sich selbst gerne wieder zur Wahl stellen würde.

WAS STEHT AUF DEM SPIEL?

Nicht enden wollende Korruptionsskandale, staatlich geduldete Diskriminierung religiöser Minderheiten, eine sich anbahnende Wirtschaftskrise: Nach zehn Jahren unter »SBY« breiten sich im Volk Zynismus und Politikverdrossenheit aus. Nur ein Generationswechsel kann frischen Wind in die muslimische Demokratie bringen.

Bettina David